

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«*Ja zur Schweiz*»

Folgenschwere Gender-Ideologie

2

Nein zum Stromfresser-Gesetz!

10

Windfahne Baeriswyl

14



Folgenschwere Gender-Ideologie

Der Tag, an dem die Schweiz erwachte

von Isabel Villalon, Ingenieurin im Fach Maschinenbau mit Spezialgebiet Energie

Nationalrat Andreas Glarner hat ein Informationsschreiben der Sekundarschule Stäfa ZH publiziert, wonach die Schüler an einem Gender-Tag teilnehmen müssen. Das Schreiben trägt das Transgender-Logo, ist in «gendergerechter» Form verfasst und umschreibt den Inhalt des geplanten Gender-Tages in schwammiger Form.



Das Schreiben, welches seit einigen Wochen in der Stäfner Bevölkerung kursiert, enthält die Namen und Telefonnummern der Jugend- und Sozialarbeiter, welche den Gender-Tag organisieren. Es kommt zum Eklat. Es hagelt Telefonanrufe, offenbar sogar Drohungen. Der Stäfner Gender-Tag wird abgesagt. Die Empörung ist gross. Die Reaktionen des Bildungs-, Medien- und Polit-Establishments sind geharnischt: Andreas Glarner wird zum Buhmann der Nation gestempelt. Soweit alles normal in einem Land, dessen «Eliten» sich der Gender-Ideologie mit Haut und Haar verschrieben haben. Was ist diese Gender-Ideologie überhaupt, und wie ist sie entstanden?

zwar aufgrund der Rollen oder Stereotypen, welche den Geschlechtern von der Gesellschaft zugeteilt werden.

Verschiedene Kombinationen

Gemäss Gender-Ideologie kann ein Knabe also ein Mädchen sein, obwohl er über einen Penis verfügt, und ein Mädchen kann ein Knabe sein, obwohl es eine Vagina hat. Zudem kann ein Knabe zugleich Knabe und Mädchen sein – und umgekehrt, wenn «es» sich als nicht-binäre Persönlichkeit empfindet. Falls der Junge oder das Mädchen dann den Drang verspürt, die eigenen Geschlechtsteile anatomisch zu wechseln, steht einem operativen Eingriff nichts im Weg. Diese Menschen werden dann Transsexuelle oder Transgender genannt. Bald sollen diese diversen Kombinationen in Schweizer Pässen berücksichtigt werden.

Der philosophische, der medizinische und der politische Ursprung

Der Ursprung der Gender-Ideologie geht auf Philosophen wie Wilhelm Reich und Herbert Marcuse zurück, welche den Klassenkampf von Marx und Engels auf einen Geschlechter-Kampf übertragen haben. Also sexuelle Befreiung als Parallele zur Befreiung der unterdrückten Klassen. Die existenzialistische Philosophin Simone de Beauvoir prägte bereits im Jahre 1949 ihren berühmten Aphorismus: «Du wirst nicht als Frau geboren, du wirst zur Frau gemacht!» Später ergänzte sie ihn mit der Behauptung: «Als Mann ist man nicht geboren, zum Mann wird man gemacht! Auch das Mann-Sein ist keine von Anfang an gegebene Realität.» Die radikale Feministenbewegung der 1970er Jahren und ihre Vordenkerinnen wie Shulamit Firestone, Betty Friedan und Nancy Chodorow übernahmen diese Gedanken in der sogenannten

Keine Ahnung

Ich musste feststellen, dass die glühenden Verfechter der Gender-Ideologie null Ahnung haben über deren Entstehung und die damit verbundenen Ziele. Weder Journalisten noch mittelmässige Politiker im Land wissen, worum es wirklich geht. Man nimmt an, es gehe um die Gleichstellung der Geschlechter und die Vermeidung der Diskriminierung von Homosexualität, und schwimmt moralisierend im Gender-Strom mit. Ein Fehler. Die Gender-Ideologie behauptet, dass das vorhandene Geschlecht eines Menschen kein biologisches Merkmal ist, sondern eine soziale Konstruktion, welche beliebig verändert werden kann. Die Unterschiede zwischen Mann und Frau haben demzufolge keinen biologischen Ursprung; sie sind vielmehr im soziokulturellen Bereich zu finden, und



ROMAINE – ERFRISCHEND ANDERS

NEUGIERIG? 




Am 22. Oktober in den Nationalrat und 2x auf Ihre Liste

zweiten feministischen Revolution: Die Frau soll nicht nur gesellschaftlich dem Mann gleichgestellt sein, sondern gleich die Kontrolle über die menschliche Reproduktion erhalten. Dies mittels Empfängnisverhütung, Abtreibung und Abtretung der Erziehungsaufgabe der Kinder an den Staat.

Ähnliche Ideen sind in der Queer-Theorie zusammengefasst, die nordamerikanische Feministinnen wie Judith Butler, Jane Flax oder auch Donna Hareway mit Erfolg verbreiten. Der Name dieser Theorie stammt von dem englischen Adjektiv queer (= seltsam, sonderbar, leicht verrückt), das eine Zeitlang euphemistisch auf homosexuelle Menschen bezogen wurde. Die Queer-Theorie geht davon aus, dass alles, was mit der menschlichen Identität zu tun hat, Produkt eines sozialen und kulturellen Konstruktionsprozesses sei. Man könne die Individuen also nicht in «Männer», «Frauen», «Heterosexuelle» oder «Homosexuelle» einteilen; alle «sozialen Identitäten» seien gleich lernbar und gleich «sonderbar».

Das Experiment von Dr. John Money

Im Jahr 1967 machte Dr. Money von der John Hopkins-Universität von Baltimore, USA, ein medizinisches Experiment, um zu beweisen, dass das Geschlecht nicht von den vorhandenen Geschlechtsteilen abhängt, sondern von der Erziehung. Die männlichen Zwillinge Bruce und Brian Reimer waren jüdische Säuglinge. Der Penis von Bruce wurde anlässlich der jüdischen Beschneidung stark beschädigt. Dr. Money riet den Eltern, die männlichen Geschlechtsteile des Jungen ganz zu entfernen und ihn, unter Moneys strengen Anweisungen, als Mädchen zu erziehen. Was als grosser Durchbruch und medizinischer

LACHEN VERBOTEN!

Bill Maher über transsexuelle Kinder:

"Wenn Kinder mit 8 Jahren wüssten, was sie werden wollen, wäre die Welt voller Cowboys und Prinzessinnen. Ich wollte ein Pirat sein. Gott sei Dank hat das niemand ernst genommen und mich operiert, um ein Auge zu entfernen und ein Holzbein einzusetzen."



Beweis der Gender-Ideologie galt, endete Jahrzehnte später in einer Tragödie: Sowohl Bruce wie Brian Reimer haben Suizid begangen.

Das Kissinger/McNamara-Memorandum, die Uno und das neue Dogma

Die USA sahen sich in ihrer Position als Hegemonialmacht und durch das zunehmende militärische Desaster des Vietnam-Krieges bedroht. Die Bedrohung bestand gemäss dem damaligen Aussenminister Henry Kissinger und dem ehemaligen Verteidigungsminister und Präsidenten der Weltbank, Robert McNamara, v.a. in der demographischen Vormacht der Entwicklungsländer und der lateinamerikanischen Nachbarn. Das interne Kissinger/McNamara-Memorandum zuhanden von US-Präsidenten Gerald Ford riet zu einer verdeckten Politik der internationalen Einflussnahme zwecks Geburtenkontrolle und Bevölkerungsreduktion in den Entwicklungsländern. Dies unter Einbezug von Feminismus, Abtreibungen, Empfängnisverhütung und Förderung von nicht gebärfähigen sexuellen Minderheiten. Präsident Ford erklärte

Fortsetzung auf Seite 5

Gedränge am Uno-Hauptsitz

cartoonexpress.ch
Martin und Jürg Guhl





MEILENSTEIN

ARBEITEN ▼ ERLEBEN ▼ GENIESSEN ▼ SCHLAFEN



➤ EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung



Lotzwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel 062 919 18 18
info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch



DIE GRÖSSTE INDOOR FAMILIEN- UND ERLEBNISWELT DER SCHWEIZ



WWW.KIDDYDOME.CH

KIDDY DOME SWISS AG | HAUPTSTR. 52 | CH - 4938 ROHRBACH | INFO@KIDDYDOME.CH | TEL. 062 919 60 00

das interne Memorandum 1975 als verbindliches Ziel der US-Aussenpolitik.

Die USA setzten diese Politik insbesondere in der Uno durch. Verschiedene grosse nordamerikanische Philanthropen sprangen auf den Zug auf und unterstützten die Bestrebungen. Dabei drangen immer mehr radikale feministische US-Vordenkerinnen der Gender-Ideologie in den politischen Willensbildungsprozess der Uno ein. Die Uno-Weltbevölkerungskonferenz von Kairo (1994) und die Uno-Weltfrauenkonferenz (1995) in Peking waren definitive Sprungbretter für eine weltweite Lancierung der Gender-Ideologie. Ein neues Dogma war geboren und wurde zur Norm in Politik, Erziehung, Kultur, Medien. Wer das neue Dogma in Frage stellt, wird als Hinterwäldler, Erzreaktionär, braunes Pack, Nazi und Unterdrücker von Minderheiten gebrandmarkt.

Stäfa – wo Gender drauf steht, ist auch Gender drin

Viele empörte Eltern und Bürger in der Schweiz stellen zum ersten Mal fest, dass die Gender-Ideologie auch in unsere Volksschulen einmarschiert ist. Unter dem Vorwand von Toleranz und geschlechtsspezifischer Aufklärung wird die Ideologie eingetrichtert. Da auch das Transgender-Logo verwendet wird, ist anzunehmen, dass an Schweizer Volksschulen verdeckte Indoktrinierung mit der Gender-Ideologie stattfindet. Mit noch grösserem Schrecken nimmt man die Reaktion von Bildungsdirektorin Silvia Steiner zur Kenntnis: Dies sei Bestandteil des Lehrplans 21 und somit obligatorisch.

Volksschulen, die letzte Stufe

An Schweizer Universitäten findet schon länger eine Genderisierung der Sprache statt. Mit der Schaffung von Gender-Studiengängen erfolgte auch eine wissenschaftliche Segnung und Daseinsberechtigung der Ideologie. Ignorante Bildungsdirektoren und politische Mitschwimmer lassen es ausserdem zu, dass die Gender-Ideologie von akademischen Pädagogen und Jugendsozialarbeitern in die Volksschulen getragen wird. Die einzige politische Partei, welche sich bisher dagegen wehrt, ist die SVP. Sie braucht die Unterstützung von Bürgern und Eltern auf lokaler (Schulpflege)-Ebene, damit diesem Phänomen Einhalt geboten werden kann.

Isabel Villalon

Ihr Inserat in der Schweizerzeit:



Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.
Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico

Inserate-Akquise
SVP-Delegierter
Pro Schweiz-Mitglied
Pro Libertate-Mitglied
PIKOM-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

Auswechseln!



Staatssekretärin Livia Leu, Chefunterhändlerin gegenüber der EU, war offensichtlich nicht bereit, die Souveränität der Schweiz Brüssel einfach zu opfern. Sie verhandelte zäh, mit einem Selbstbewusstsein, das ihrem Chef, Bundesrat Ignazio Cassis, abhanden gekommen ist.

Man erinnert sich: Kaum hatte der Bundesrat vor drei Jahren die Verhandlungen zum von Brüssel unserem Land abgeforderten Rahmenvertrag abgebrochen, erklärte der beim Abbruchentscheid offenbar überstimmte Cassis den im gescheiterten Rahmenvertrag festgehaltenen Inhalt zur «Grundlage», zum Ausgangspunkt für neue Verhandlungen mit Brüssel – Souveränität, Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der Schweiz damit zu Wegwerfartikeln degradierend, persönlich jegliches Selbstbewusstsein Brüssel gegenüber preisgebend.

Die Bereitschaft von Cassis zur bedingungslosen Unterwerfung unter alle Vorgaben Brüssels untergrub Frau Leus Position: In offenem Widerspruch zu ihrem Chef liess sie sich nicht zum um Gnade und Schutz winselnden Schosshündchen vor dem zähnefletschenden Wolfshund Brüssel erniedrigen. Dafür gebührt ihr Anerkennung. Brüssel, die Unterwerfungsbereitschaft von EDA-Chef Cassis richtig einschätzend, verweigerte der Schweiz derweil konsequent jegliches Entgegenkommen, jegliche Konzession. Was soll man dem noch schenken, der ohnehin – offensichtlich um jeden Preis – zur Kapitulation bereit ist ...

Als vor drei Jahren der damalige Bundespräsident Guy Parmelin Brüssel den Abbruch-Entscheid zu den Verhandlungen um den Rahmenvertrag überbrachte, untersagte ihm der Bundesrat – wohl auf Betreiben des zum Grundsatzentscheid in die Minderheit versetzten Cassis –, die für den Verhandlungsabbruch entscheidende Begründung (von Cassis als «Affront» gewertet) auszusprechen: Die Schweiz ist zur Zusammenarbeit in Sachbereichen bereit; die Preisgabe von Souveränität und die Unterwerfung unter den EU-Gerichtshof kommt indessen unter keinen Umständen in Frage.

Indem dieser Satz nicht ausgesprochen werden durfte, war das Scheitern neuer Gespräche absehbar. Da Cassis jegliches Selbstbewusstsein im Namen der Schweiz abgeht, ist er – nachdem er bereits die Neutralität als Unterwerfungsgeste gegenüber Brüssel geschreddert hat – als Aussenminister nicht mehr tragbar. Er muss im Interesse der Schweiz ausgewechselt werden!

Ulrich Schlüer

Spalte
rechts

Einladung



Schweiz
Suisse
Svizzera
Svizra

Mehrzweckhalle Kaserne Bern | Kasernenstrasse 15 | 3014 Bern

1. ordentliche Mitgliederversammlung Samstag, 3. Juni 2023

Geschäftlicher Teil

- 10.30 Uhr **Eröffnung der Versammlung**
Schweizer Psalm
- 10.40 Uhr **Begrüssungsbotschaften**
- 11.00 Uhr **Politische Standortbestimmung:**
Dr. Stephan Rietiker,
Präsident Pro Schweiz
- 11.30 Uhr **Statutarischer Teil:**
- 12.10 Uhr **Mittagessen für Angemeldete**



Politischer Teil «Schweizerische Neutralität: quo vadis?»

- 13.30 Uhr **Referat «Die Neutralität der Schweiz – eine Einordnung»:**
Prof. Dr. Mark E. Villiger, ehem. Titularprofessor für Völker- und
Europarecht an der Universität Zürich und ehem. Richter am
Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte
- 14.00 Uhr **Podiumsgespräch «Neutralität – quo vadis?»**
- Sanija Ameti, Co-Präsidentin Operation Libero
 - Prof. Dr. Mark Villiger
 - Ständerat Thierry Burkart, Präsident der FDP Schweiz
 - Nationalrat Roger Köppel, Chefredaktor und Verleger Weltwoche
- 14.45 Uhr **Schlusswort des Präsidenten Pro Schweiz**

Reservieren Sie den Termin, nehmen Sie Interessierte mit – Gäste sind herzlich willkommen – und zeigen Sie, dass wir von Pro Schweiz bereit sind, Flagge für unsere Heimat zu zeigen.



Schweiz
Suisse
Svizzera
Svizra



Pro Schweiz, Postfach, 3822 Lauterbrunnen
Tel. 031 356 27 27, info@proschweiz.ch, www.proschweiz.ch

Prominente «Klimaschützer»

Klimaheuchler

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

«Flugzeuge können mit synthetischen, klimaneutralen Treibstoffen fliegen», schreibt das Komitee für Klimaschutz. Und wirbt mit Promis, welche zeitgleich auf ihren Flugreisen tonnenweise Kerosin verbrennen.



Christa Rigozzi und der Cupra Formentor

Die schöne Tessinerin und Ex-Miss-Schweiz zum Beispiel lächelt auf der Homepage der Klimaschutz-Befürworter. Auf ihrem Instagram-Profil posiert sie trotzdem beim Auto-Shopping, wobei die Farbwahl statt des Klimas im Vordergrund steht. Der von ihr ins Auge gefasste Cupra Formentor beschleunigt in

4,9 Sekunden auf 100 km/h. Bleibt zu hoffen, dass sie sich für den Hybrid entscheidet, dann ist wenigstens der Kraftstoffverbrauch im Zaun gehalten. Allerdings ist nach 50 km Schluss mit elektrischer Reichweite. Danach saufen die 245 PS des Boliden dann doch wieder fünf Liter/100 km, auf italienischen Autobahnen sogar acht Liter. Etwas sparsamer unterwegs dürfte Christa auf ihrem grossen Motorrad sein. Ihr Reisli nach Florida jedenfalls wird sie nicht per Hybrid und auch nicht mit «klimaneutralen Treibstoffen» absolviert haben.

Tamy Glauser taucht ab

Das nicht-binäre («keine geschlechtsspezifischen Pronomen verwenden!») grüne Jet-Set-Model Tamy Glauser bemüht sich zwar, sich CO₂-neutral darzustellen. Ihre CO₂-Neutralität darf man allerdings bei ihren zahlreichen Trips nach Thailand, Indonesien und weiteren Plätzen an der Sonne stark in Frage stellen. Bilder, die Tamy beim Surfen und Tauchen an allen schönen Stellen der Welt zeigen, setzen zwar ihren non-binären Körper optimal in Szene. Aber genauso wie ihr Whalewatching dürfte auch das dem Klima nicht wirklich viel nützen.

Im Moment betreibt sie effektiv portraitierte Selbstfindung in einem buddhistischen Tempel in Thailand. Wir empfehlen Tamy den kontemplativen Rückzug in ein einsames Seitental in den Alpen. Vorzugsweise mit CO₂-neutralen Kartoffelsäcken bekleidet.

Knackeboul

Für den Rapper mit einer Art politischem Tourette-Syndrom (Kostprobe im O-Ton: Blocher sei ein «rassistischer milliardär», der «unter beiwohnen einer nazi braut (...) seinen neuen strohmann im bundesrat einschwürte») läuft es offenbar nicht so gut. Dies, obwohl er von unserem Staatsfernsehen als «Rapper mit

Rückgrat» gepusht wird. Jedenfalls gehört Knackeboul nicht zur Kategorie der Jet-Set-Klimaheuchler-Promis und kann es sich daher nicht leisten, zweimal im Jahr die Schweiz in der Business-Class Richtung Traumstrand zu verlassen. Immerhin: Spanien lag schon drin, und wenn Knackeboul fliegt, dann nur für einen guten Zweck. Zum Beispiel nach Mosambik oder für sein neues Album nach Brasilien. Ob «Panzer in die Ukraine verschieben», so die neueste Forderung des Classe-Politique-Sturmtrupplers, einen wirksamen Beitrag zur Klimaverbesserung darstellt?

Weit weg in den Ferien

Von «20Minuten» auf ihr Engagement für das Stromfressergesetz angesprochen, zeigen sich die Klima-Promis wortkarg. Die prominenten Aushängeschilder wollten sich «derzeit nicht zu ihrem Einsatz für das Klimagesetz äussern». Bastian Baker – Sänger und Botschafter für Audi Schweiz – liess ausrichten, er befinde sich gerade «weit weg in den Ferien». Auch die eingangs erwähnte Christa Rigozzi geniesst einige wohlverdiente Freitage. Thailand-Tamy reagiert nicht.

In Zukunft darf also die hart arbeitende Bevölkerung Ferien auf Balkonien verbringen. Weil es wegen der massiv höheren Energiekosten zu mehr nicht reicht. Immerhin dürfen wir dann weiterhin auf Instagram den privilegierten Klimaheuchler-Promis beim Planschen an Traumstränden zuschauen.

Hermann Lei

PS.: Nationalratskandidat Adrian Wegmann aus Oberrieden, ZH, hat mich zu diesem Text inspiriert. Ich wünsche ihm viel Erfolg!

Plädoyer für eigenständige Elternschaft –
Abnahmezwang staatlicher Bildungsgüter hinterfragt. Wer ist für Bildung und Erziehung zuständig? die Eltern? – der Staat?

Erhältlich direkt bei **bod.ch** oder im Buchhandel
 400 Seiten | Paperback | CHF 26.90
 ISBN 9783749497430

Leserbriefe

Wie man eine Gesellschaft zerstört

Macht Musik und Kunst «woke» und schränkt die Geselligkeit ein! Macht Pornos und Online-Shopping im Internet kostenlos = anonyme Gesellschaft. Macht Gott zu einem Witz (Wer ist Gott?). Redet Lebensmittel schlecht, was alles für Gift darin enthalten sein soll. Zerstört Familien, macht die Väter optional. Macht selbstherrliche Politiker reich in ihren Ämtern. Macht Geld wertlos. Treibt die Inflation an. Macht Gebäude und Heizungen schuldig für die Umwelt. Fördert den Geschlechterkampf und den Gender-Wahnsinn. Bringt die Kinder dazu, ihre Vorfahren und die Geschichte zu hassen. Aber eines ist unzerstörbar – die Wahrheit!

Koni Rüegg, Ebnat-Kappel SG

«Klimaschutzgesetz» Nein!

Im Februar 2020 liess ich eine Energieberatung über mich ergehen. Die vorgeschlagenen Investitionen habe ich wie folgt umgesetzt: Im Jahr 2020: Intakte Fenster ersetzt (2- auf 3-fache Verglasung) für 21'000 Franken. Zusätzliche Wärmedämmung (Estrich) mit Kosten von 18'500 Franken. 2022: Wärmepumpe für Heizung und Warmwasser für 65'000 Franken. 2023: Solaranlage mit Speicher, zu Kosten von 42'500 Franken. Somit beliefen sich die Gesamtkosten auf 147'000 Franken. Die Anlagen funktionieren einwandfrei und machen Freude. Trotz diesen enormen Investitionen werde ich auf EKS-Strom (Elektrizitätswerk des Kantons Schaffhausen) angewiesen sein, denn bei bedecktem Himmel und Nebel bringt die Solaranlage zu wenig Energie. Zum sogenannten Klimaschutzgesetz stimme ich aus Überzeugung Nein!

Kurt Werner, Stein am Rhein SH

Politisch tendenziös beeinflusste Schulkinder

Ich muss leider feststellen, dass die Themen im Samelfach Natur/Mensch/Gesellschaft oft politisch tendenziös sind und die Kinder überfordern. Drei Beispiele: 1. An einer siebten Klasse wurde das Thema Kinderarbeit behandelt. Der sonst fröhliche, anpackende Sohn einer Bauernfamilie rebellierte und meinte, wenn er zuhause weiterhin mithelfen müsse, werde er seine Eltern wegen Kinderarbeit anzeigen. 2. Zwölfjährige Knaben wurden von einem Schwulen, die Mädchen von einer Lesbe «aufgeklärt». Falls sie den Umgang mit dem gleichen Geschlecht bevorzugten, sollten sie dazu stehen und sich outen. Dies führte bei den Kindern verständlicherweise zu grosser Verunsicherung. 3. Auch das Thema Ernährung – mit der Aufforderung, wöchentlich höchstens zwei- bis dreimal Fleisch zu essen und während zwei Wochen ein Essensprotokoll zu führen – verursachte bei den elfjährigen Kindern Irritation und Diskussionen mit den Eltern. Sinnvoll wäre die Auseinandersetzung mit der Ernährungspyramide in der Kochschule, wo die Jugendlichen selbst tätig sein können. Die Indoktrinierung unserer Schulkinder und das Fehlen der Schulfächer Geschichte und Geografie im Lehrplan 21 müssen dringend korrigiert werden.

Sabina Geissbühler-Strupler, Herrenschwanden BE



«Mit voller Kraft gegen die Windkraft»

Ich danke Marcel Wehrli, Küttigen, für seinen informativen Beitrag in der Schweizerzeit Nr. 9/2023. Danach liefert das erwähnte Windrad die meiste Energie bei mässigem Wind. Windstille, Windsturm für Windanlagen – wie auch ein bewölkter Himmel für die Photovoltaik – begrenzen die Rentabilität. Es lohnt sich wirklich, das alles durchzurechnen, bevor solche Anlagen erstellt werden. Nachträgliches Bedauern kommt zu spät.

Roman Osusky, Altdorf UR

Diktatorisch und unsinnig

Was für ein Unsinn, die Gletscher retten zu wollen! Dabei muss man nur zurückgehen zur Gletscherschmelze vor etwa 11'000 Jahren. Der berühmte Bergsteiger Reinhold Messner und viele Wissenschaftler sagen zurecht, dass



Politagentur.ch GmbH

Werbefachmänner für bürgerliche Projekte, Wahl- und Abstimmungskämpfe, Parteien, Organisationen, Vereine und KMUs. Unkompliziert, fair und auf Augenhöhe.

Unsere Dienstleistungen, immer zu bezahlbaren Preisen:

- ✓ Werbekampagnen von A bis Z
- ✓ Werbeplanung / Marketing-Mix
- ✓ Sammeln von Unterschriften
- ✓ Online-Kommunikation
- ✓ Social Media-Kampagnen
- ✓ Geschäftsführung
- ✓ Medienkompetenz
- ✓ Texten / Ghostwriting
- ✓ Layout / Grafik
- ✓ Webdesign



Anian Liebrand
Inhaber und Geschäftsführer
Tel. 079 810 11 91
info@politagentur.ch



David Trachsel
Projektleiter
Tel. 076 567 00 36
trachsel@politagentur.ch

www.politagentur.ch | www.polit-plattform.ch

«Die Bürgschaft» – nicht von Schiller



Das Wehklagen beim Bund ist gross, die Einsicht, dass man das Finanzdebakel selbst verschuldet hat, ist klein – semper item.

Faule Covid-Kredite kosten den Bund, also uns, nun 1,1 Milliarden, weil die Eidgenossenschaft in schierer Naivität zugunsten kredit-suchender Unternehmen die volle Bürgschaftsgarantie übernahm – zum Voraus. Fataler Fehlentscheid: Rund 10'000 Firmen, die die Covid-Unterstützungskredite von bis zu 500'000 Franken ausbezahlt erhielten, zahlen das Geld nun nicht zurück. Wozu auch? Vater Staat hatte ja schon vor Kreditabschluss seine Bürgschaftsgarantie bestätigt. Auch die Geldinstitute verzichteten auf kostenintensive Bonitätsprüfungen. Logisch, der Staat stand ja als Rückzahlungsgarant schon fest.

Hugo Wyler, Medienchef beim Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) hat freundlicherweise einige Recherchefragen beantwortet.

1. «Es wurden Kredite ohne Bonitätsprüfung vergeben?» Seco: «Ziel des Covid-19-Kreditprogramms war es zu verhindern, dass wirtschaftlich gesunde Unternehmen aufgrund von Corona-bedingten Finanzengpässen Konkurs gingen.»

2. «Bei 1'322 gewährten Krediten erfolgte, leicht voraussehbar, keine Rückzahlung. Wer übernimmt die

Verantwortung?» Seco: «Die Entscheide wurden auf Stufe Bundesrat gefällt und von Volk und Ständen bestätigt.»

3. «380 Firmen wurden bereits wegen Nichtrückzahlung verurteilt. Ihr Gegenargument: Sie hätten kein Geld, engagierten aber sündhaft teure Anwaltskanzleien, um die Rückzahlungspflicht abzuweisen?» Seco: «Zu diesem Missverhältnis müssen Sie die Bezüger fragen.»

4. «Welchen staatlichen Entscheidungsträger können wir um Aufklärung bitten?» Seco: «Vorgehen und Zweck haben wir Ihnen mit Frage 1 beantwortet. Bundesrat, Volk und Stände haben die Kreditentscheide bestätigt.» Zusatzfrage: «Wie beurteilte man die Kreditwürdigkeit eines Convid-Kreditnehmers?» Seco: «Die Kreditnehmer bestätigten via Selbstdeklaration (!), dass sie die Voraussetzungen für einen Covid-19-Kredit gemäss Art. 3 der Bürgschafts-Verordnung erfüllten und ihre Angaben wahr sind.» Aha!

Konklusion: Der Staat ermuntert zur Kreditaufnahme ohne Bonitätsprüfung und leistet dazu volle Bürgschaftsgarantie. Banken verteilen ungeprüft Gelder im Wissen, wer bei Rückzahlungsausfall haftet – wir Bürger! Bund und Stände erkennen die Schwächen des Systems sofort, erteilen aber Absolution. Hauptsache Profit. A propos Profit: Schlusssatz in Schillers «Die Bürgschaft»: «Ich sei, gewährt mir die Bitte, in eurem Bunde der Dritte!»
Charly Pichler pichler@thurweb.ch

man das Klima nicht schützen kann und dass deshalb das Wort «Klimaschutz» ein Unwort bzw. Unsinnswort ist. Zudem sind durch die Gletscherschmelze an diversen Orten alte Römerwege zum Vorschein gekommen. Schon immer gab es Kaltzeiten und auch wieder Zeiten von Erderwärmungen. Gletscher entstehen und schmelzen wieder. Die Gründe für diese Veränderungen sind neben der Sonnenaktivität geometrische Veränderungen, das Pendeln der Erdachse, der veränderliche Abstand von der

Erde zur Sonne – aber nie und nimmer das CO₂. Deshalb ist es auch ungehörig, dass uns diktatorische Parteien ein sinnloses Gesetz aufzwingen wollen – in einem Land, in dem unsere Vorfahren für Freiheit und Selbstbestimmung gekämpft haben. Wilhelm Tell und seine Freunde wären empört über solche Machenschaften. Darum gibt es am 18. Juni nur eines – ein Nein zu diesem unsinnigen Klimagesetz.

Siegfried Heim, Stein AG



genoss | kreation | baumerfladen.ch

Tel. 055 265 11 20
www.baumerfladen.ch
info@baumerfladen.ch

Der Baumerfladen schafft jeden Weg...

Unter baumerfladen.ch/shop können Sie einfach und unkompliziert einen der beliebten Baumerfladen bestellen. Profitieren Sie vom Postversand oder besuchen Sie uns in unseren Filialen. Wir freuen uns auf Ihren Mausklick...



Ihr Konditorei Voland Team



Bauma • Steg • Wald • Rüti • Bäretswil • Fehraltorf • Laupen • Kempthal • Gossau ZH

Strom-Mangel und Masseneinwanderung – das Rezept für Verarmung

Dieses Gesetz zieht uns den Stecker

von Andi Trüssel, Landrat, Inhaber einer Engineering-Firma, Frenkendorf BL

Beim «Stromfresser-Gesetz» handelt es sich um den unter alt Bundesrätin Simonetta Sommaruga (SP) ausgearbeiteten Gegenvorschlag zur «Gletscher-Initiative». Diese stammt von links-grünen Kreisen und will die Bevölkerung mit massiven Eingriffen und Verboten umerziehen. Mein Appell: Hütet euch am Morgarten – Nein zu dieser Missgeburt am 18. Juni 2023.



Die Mitte/links-Mehrheit hat den Titel des Gegenvorschlags – im letzten Moment, vor der Schlussabstimmung im Parlament – geändert und die wohlklingende Bezeichnung «Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit» hervorgezaubert. Das ist ein Etikettenschwindel, der das Stimmvolk in die Irre

führt. Denn es ist offensichtlich: Die Energiesicherheit wird mit diesem Gesetz nicht gestärkt sondern massiv geschwächt.

Dazu kommt: Eine Volksinitiative, bekanntlich von mindestens 100'000 Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern unterschrieben, ist ohne Gegenvorschlag oder gar indirekten Gegenvorschlag dem Volk zur Abstimmung vorzulegen. Bundesrat und Parlament haben die Initiativen nicht mit einem Gegenvorschlag zu korrigieren und zu konkurrenzieren oder gar mit einem indirekten Gegenvorschlag auf Gesetzesesebene (der in Kraft tritt, wenn die Initiative zurückgezogen wird) am Volk vorbeizuschmuggeln. Hätte die SVP nicht das Referendum ergriffen, wäre genau das geschehen, und der vorliegende indirekte Gegenvorschlag wäre direkt zum Gesetz geworden!

Wider die kopflose Hektik

Die Regierung verhält sich mittlerweile wie ein König. Die Schweiz kennt aber nur einen König, den Schwingerkönig. Zur Erinnerung: In unserer direkten Demokratie steht zuoberst das Volk. An zweiter Stelle kommt das Parlament, und erst an dritter Stelle folgt die Regierung. Das gilt für Bund, Kantone und Gemeinden und muss den Amtsinhabern gelegentlich wieder gesagt und wenn nötig durchgesetzt werden.

Bevor zusätzliche Energieverbraucher ans Netz geschaltet werden, muss für genügend Strom gesorgt werden, aber da fehlen taugliche Massnahmen des Bundes. In Bundesbern herrscht operative, kopflose Hektik anstelle einer klaren Strategie,

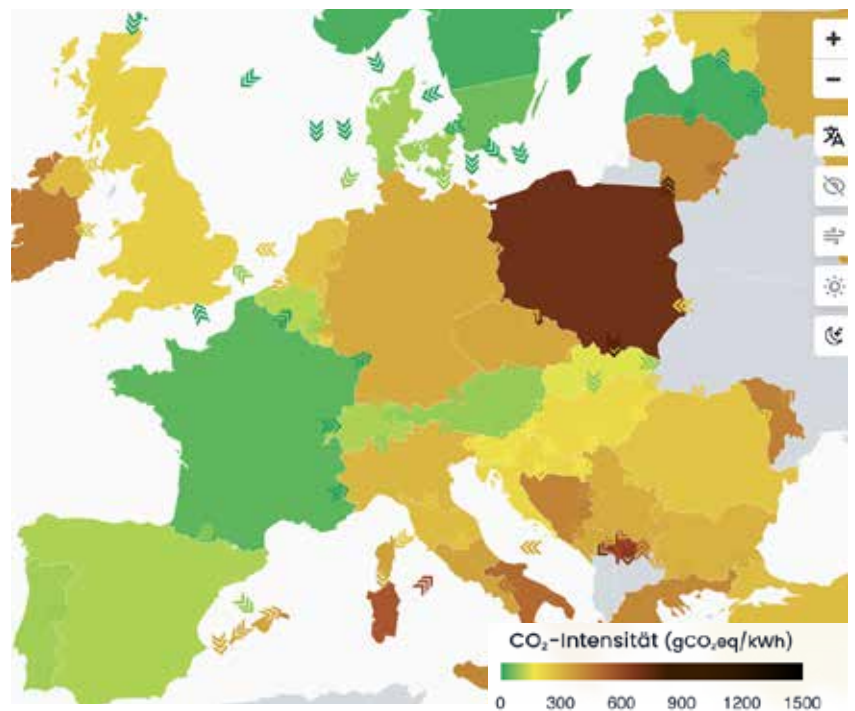
also eines «genauen Plans zur Erreichung eines Ziels». Noch krasser ausgedrückt: Operative Hektik ersetzt geistige Windstille.

Beispiel Gaskombikraftwerk

Für 500 Millionen Franken mietet der Bund ein Gaskombikraftwerk für Spitzenzeiten im aargauischen Birrfeld. Hätten die Bernischen Kraftwerke (BKW) stattdessen mit einem Aufwand von etwa 300 Millionen Franken das KKW Mühleberg länger laufen lassen können, wären im Winter dauernd 1,5 TWh CO₂-freier Strom zur Verfügung gestanden.

Absurdes Heizöl-, Gas-, Diesel- und Benzinverbot

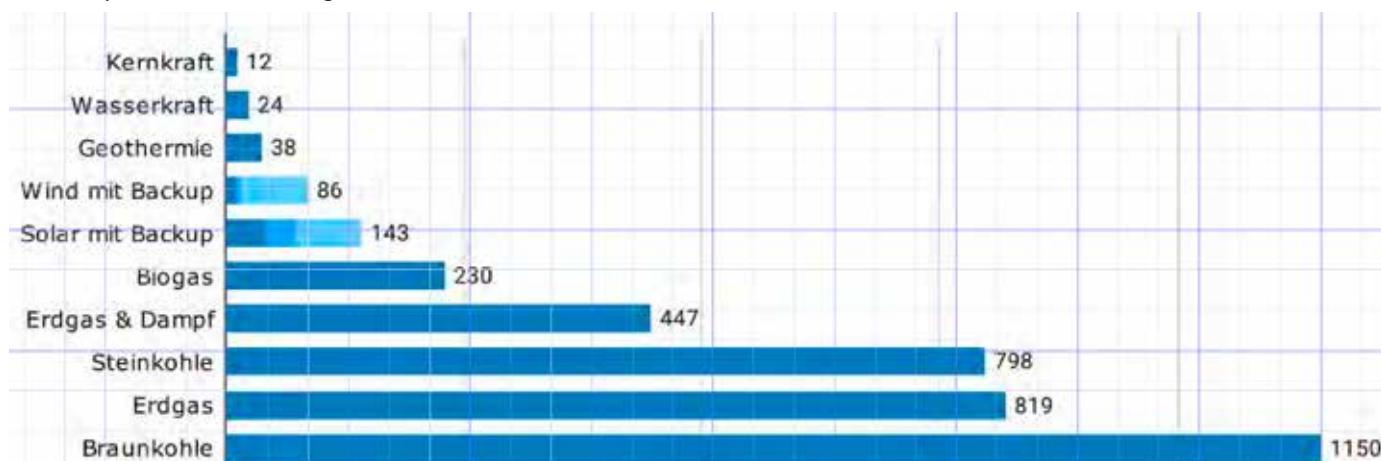
Obwohl wir heute schon zu wenig und zu teuren Strom haben, will das «Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz» Heizöl, Gas, Diesel und Benzin als Energieträger verbieten. Trotzdem hat die Mitte/links-Mehrheit im Parlament ein «Klimaschutz-Gesetz», beschlossen, das netto null CO₂-Emissionen bis 2050 vorschreibt. Heizen und Autofahren wäre nur noch elektrisch möglich. Konsequenz: Massiv mehr Strombedarf und höhere Kosten! Die Kosten dieses Gesetzes sind laut ETH Zürich mit mindestens 387 Milliarden Franken (387'000'000'000.–) gigantisch. Bezahlen müssen die Hausbesitzer und Mieter, die Auto-, Lastwagen- und



Diese «Electricitymap» zeigt die CO₂-Emissionen pro gewandelte kWh nach IPCC (Uno-Weltklimarat). Je brauner das Land, desto mehr CO₂ entsteht bei der Umwandlung in elektrische Energie.

Treibhausgase nach Energiequelle

In CO₂-Äquivalenten (GTP100) g/kWh



Mit Rang 4 (Wind) und 5 (Solarpanels) wollen wir den vom Menschen gemachten CO₂-Ausstoss bis 2050 auf null reduzieren?

Töff-Fahrer, die Familien und die Gewerbler – kurz: wir alle! In Deutschland ist jeder 5. Haushalt bereits in der Energiearmut und kann die Strom-/Gasrechnungen nicht mehr bezahlen! Wollen wir das auch?

Die Landschaft soll mit Solarpanels und Windkraftturbinen zugepflastert werden. Trotzdem wird die Versorgung mit genügend Strom in den nächsten Wintern bei weitem nicht reichen. Im Februar 2022 haben die EMPA und die ETH Lausanne in einem Bericht festgehalten, was netto null bis 2050 bedeutet:

Eine Fläche von der Grösse des Genfersees (564 km²) wird mit Solarpanels belegt und zusätzlich müssen dreizehn Grand Dixence-Kraftwerke als Speicher gebaut werden. Das Paul-Scherrer-Institut (PSI) hatte 2019 errechnet, dass die Speicher- und Pumpspeicherkapazität in der Schweiz im Maximum um zwei Grande Dixence vergrössert werden kann. Da fehlen aber noch deren elf!

Das Stromfresser-Gesetz ist auch ein Angriff auf unsere direkte Demokratie: Der Bundesrat kann im Alleingang (wieder das «königliche Verhalten») extreme Massnahmen durchzwingen – wie teure Haussanierungen,

das Verbot von Benzin-Autos und Ölheizungen oder eine drastische Reduktion des Fleischkonsums. Wir alle müssen zahlen, haben aber nichts mehr zu sagen.

Was ist zu tun?

1. Bevölkerungswachstum und Ressourcenverfügbarkeit müssen im Gleichgewicht sein, also Massenzuwanderung stoppen.
2. Verlängerung der Laufzeit der KKW bis ans technische Lebensende – und jetzt neue bestellen: Wir brauchen zwei KKW neuester Bauart.
3. Mehr Winterreserve durch Pump-Speicherseen.
4. Photovoltaik (PV): Batterie-Pflicht einführen, um Spitzen zu brechen, ebenso Insel-Pflicht (95 Prozent der installierten PV-Anlagen funktionieren bei einer Strommangellage oder einem Blackout nicht. Es fehlen netzunabhängige Wechselrichter, Batterien und die Netzfreeschaltung).
5. PV: Tarifmodell für negative Preise bzw. technische Möglichkeit der Abschaltung.
6. Tarifmodell für Netzkosten anpassen: Gewandelte alternative Energie im Sommer muss deutlich tiefer honoriert werden als jene im Winter.

Darum am 18. Juni: Nein zum Stromfresser-Gesetz!

Andi Trüssel

Aufkleber in allen Farben & Grössen!

Patriot Shop
Postfach 71, 8192 Glattfelden, www.patriot.shop

«Schweizerzeit»-Special

Fr. 69.– pro Monat exkl. MWSt.
inkl. 300 Kopien und Vor-Ort-Garantie

A3-Farbkopierer, -Scanner, -Drucker und -Telefax
inkl. Original-Einzug, 2 Kassetten, Stapel-Einzug, Unterschrank, TOP-Qualität, dank 1200 dpi, Duplex, Netzwerk, USB 2.0, automat. Hefter, Air-Print, Super Touch-Display, farbig

3 Jahre Vor-Ort-Garantie

OCoTex AG – 041 799 50 00

Zwangsvverkauf für Senioren?

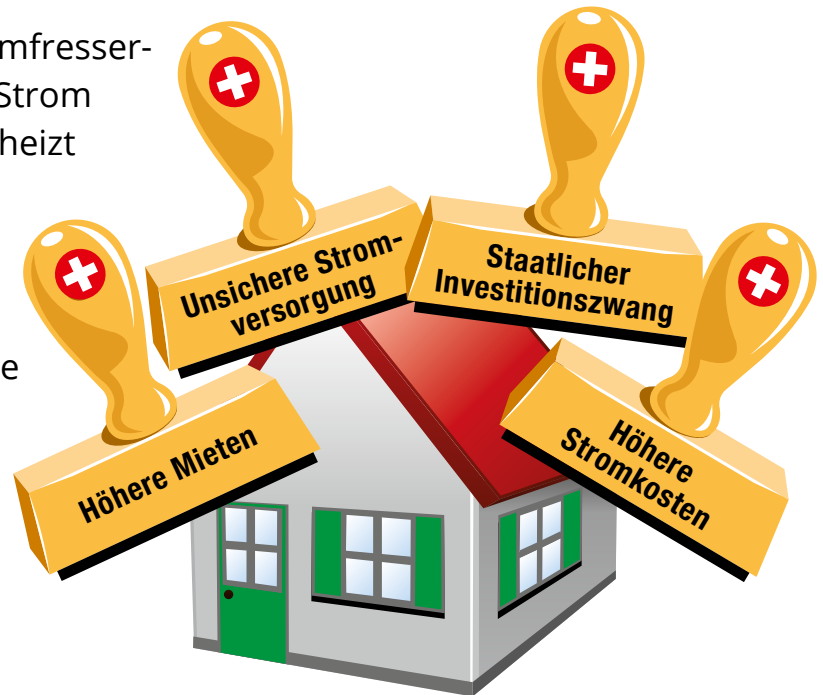
Bei einer Annahme des «Stromfresser-Gesetzes» darf nur noch mit Strom und erneuerbarer Energie geheizt werden.

Der Stromverbrauch nimmt stark zu. Gleichzeitig ist die Stromversorgung schon heute unsicher.

Die Energiepreise schlagen enorm auf. **Das Wohnen wird teurer.**

Die Folgen:

- Auch Hauseigentümer, die bereits mit erneuerbarer Energie heizen, müssen mit massiv teureren Strompreisen und Blackouts rechnen. **Die Wohnkosten steigen, die Versorgungssicherheit sinkt!**
- Das Gesetz führt faktisch dazu, dass in Wohnbauten mit Öl- oder Gasheizungen jüngere Heizungsanlagen herausgerissen werden müssen! **Das ist teuer und wirtschaftlich ebenso unsinnig wie auch unökologisch!**
- In der Bauwirtschaft mangelt es an Fachkräften. Lange Wartelisten bei den Förderbewilligungen verzögern die Arbeiten. **Ein schneller und unkomplizierter Heizungsersatz ist deshalb schon heute nicht mehr möglich!**
- Vor allem ältere Menschen und Familien mit kleinerem und mittlerem Einkommen werden unter den hohen Strompreisen und aufgezwungenen Sanierungskosten leiden. **Das ist unfair!**
- Für alle Eigentümer von Häusern mit Baujahr 1990 oder älter wird das Wohnen mit den höheren Stromkosten und den staatlich verordneten Gebäudesanierungen gleich doppelt teurer. **Das ist unsozial!**



Hauseigentümerverband Schweiz
Seefeldstrasse 60, 8032 Zürich, www.hev-schweiz.ch

Deshalb:

NEIN zum Stromfresser-Gesetz (KIG)

Abstimmung indirekter Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative vom 18. Juni 2023

Sozialdemokratie?

Auf sie ist kein Verlass

von Markus Melzl, ehem. Kriminalkommissar und Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

Seit Jahren sind in Basel-Stadt die Sozialdemokraten über die Organisation des 1. Mai-Umzuges verstimmt. Was jeweils mit Spott als Kommunisten-Fasnacht bezeichnet wird, lief Jahr für Jahr in etwa gleich ab.



Die Genossen organisierten den 1. Mai-Umzug, bei welchem jeweils ein Thema hervorgehoben wurde, welches ihnen unter den Nägeln brannte. Und seit geraumer Zeit setzte sich der Schwarze Block ungefragt an die Spitze des Umzuges, okkupierte die Manifestation und stahl den SP-Leuten die Show.

Gleich nach dem Abmarsch schwärmten unzählige Chaoten des Schwarzen Blocks aus und sorgten für Randalen sowie Sachbeschädigungen. Vermummt und einheitlich gekleidet, war es für die Polizei weitgehend unmöglich, die Verursacher zu identifizieren und gegen sie die erforderlichen Massnahmen einzuleiten. Oft nahmen die Sicherheitsbehörden mit einem Achselzucken unzählige Straftaten hin, weil man aufgrund des Verhältnismässigkeitsprinzips nicht eingreifen wollte.

Grossspurige Versprechen der Genossen

In früheren Jahren wurde man den Verdacht nicht los, dass zudem ein rigoroses Einschreiten der Polizei nicht erwünscht war. Bürgerliche Polizeivorsteher scheuten ein konsequenteres Vorgehen wohl auch aus Angst, bei den nächsten Wahlen von der links-grünen Wählerschaft abgestraft zu werden. Dies hat sich erfreulicherweise mit der neuen liberalen Regierungsrätin verändert. In diesem Jahr wollten es die Sozialdemokraten schlauer machen und haben zusammen mit den Gewerkschaften eine Vereinbarung getroffen mit dem Ziel, sich vom Schwarzen Block zu distanzieren. Dabei wurde grossspurig erklärt, die Genossen würden in der ersten Reihe marschieren, und man werde verhindern, dass sich andere vordrängen könnten.

Als sich der Demonstrationszug in Bewegung setzte, schoben sich blitzartig vermummte Angehörige des Schwarzen Blocks vor die erste Reihe und dominierten wiederum den Umzug. Sämtliche getroffenen Abmachungen wurden über den Haufen geworfen. Wer davon ausgegangen war, dass solche Vereinbarungen Bestand haben, ist blauäugig und ein politischer Phantast.

Konsequentes Einschreiten der Polizei

Weil die Polizei aus Erfahrung wusste, dass mit dieser Umzugskonstellation Angriffe auf Menschen und Sachen zu erwarten sind, hat sie nun das Zepter

selbst in die Hand genommen und schnell reagiert. Nach wenigen Metern schob sich eine Polizeieinheit zwischen die Sozialdemokraten und den Schwarzen Block, was zur Trennung der vermummten Chaoten vom Rest der Demo-Teilnehmenden führte. Mit chirurgischer Präzision, wie ein Journalist der Basler Zeitung das Vorgehen bezeichnete. Frontal verhinderte eine weitere Polizeikette das Weitermarschieren des Schwarzen Blocks und kesselte diesen ein. Daraufhin hat die Polizeileitung den friedlichen Umzugsteilnehmenden eine Alternativroute empfohlen, welche von den Sozialdemokraten und Gewerkschaften groteskerweise abgelehnt wurde. Befremdlich auch deshalb, weil die Polizei die Arbeit erledigte, zu welcher die Organisatoren offensichtlich nicht in der Lage waren. Aber nein, jetzt schalteten die Demonstranten auf stur und solidarisierten sich mit den Anhängern des Schwarzen Blocks, von denen sie sich Tage zuvor noch distanziert hatten.

Das links-grüne Lager ist über das polizeiliche Vorgehen erwartungsgemäss «empört», wobei sich die Polizei rühmen kann, dass es seit langem an einem 1. Mai zu keinen Ausschreitungen gekommen ist. Dass bei diesem Einsatz einige Demonstranten mit Tränengas eingedeckt wurden, liegt in der Natur der Sache. Das Bundesgericht hat notabene 2018 geurteilt, dass bei Manifestationen, die sich gewaltsam zu entwickeln drohen, Teilnehmer mit dem polizeilichen Mitteleinsatz und somit auch mit der Verletzungsgefahr rechnen müssen. Dass Tage später ein «Menschenrechtsanwalt» gegen das polizeiliche Vorgehen klagen würde, war zu erwarten und wird bei den Verantwortlichen der Polizei mit Sicherheit keine schlaflosen Nächte verursachen.

Markus Melzl

Es begeistert die Schweizer Uno-Botschafterin, die im linken Basler Kuchen politisch grossgewordene Pascale Baeriswyl ganz offensichtlich, den Uno-Sicherheitsrat zu präsidieren – sich für ein paar Wochen gleichsam als Weltpräsidentin in Szene setzen zu dürfen. Schliesslich sei all das, was von diesem Spitzengremium der Weltpolitik ausgehe, für die gesamte Menschheit von eminenter Bedeutung.

Seit die Schweiz in diesem weltweite Geltung ausstrahlenden Gremium dabei sei, habe sie schon über hundertmal das Wort ergriffen. Und volle drei der sieben Bundesräte (Berset, Cassis, Amherd) dränge es in ihrem Präsidialmonat nach New York, wo sie sich auch einmal im Halbrund des Sicherheitsrats zu inszenieren suchen.

Quantität scheint dort etwas wichtiger zu sein als Qualität.

*

Nein, die Neutralität – belehrt uns die strahlend gesprächige Monatspräsidentin – werde mit den Stellungnahmen der Schweiz im Sicherheitsrat nie tangiert. Denn alles, was an Beschlüssen aus der Uno hervorgehe, habe völkerrechtliches Gewicht. Und Völkerrecht zu respektieren, sei schliesslich unumstösslicher Grundsatz schweizerischer Neutralitätspolitik – meint die Chef-Ausverkäuferin helvetischer Eigenständigkeit. Um eifertig als Windfahne aufzutreten, wenn die Grossmächte im Sicherheitsrat den Tarif bestimmen.

Im übrigen dürfe niemand glauben, mit der Sitzungsteilnahme und der ihr jetzt für einen Monat anvertrauten Sitzungsleitung im hohen Uno-Gremium sei alle Arbeit schon getan. Zu jedem Beschluss, der da falle, fänden nämlich vorgängig – sorgfältigst abgeschirmt vor der Öffentlichkeit – ausführliche Konsultationen und umfassende Absprachen statt. Man könne das Geschehen schliesslich nicht einfach dem Zufall überlassen, strahlt Frau Baeriswyl in die Kamera,

Churz & Bündig

In der Thurgauer Gemeinde Ermatingen stehen für Juni 2023 Gesuche für 21 Einbürgerungen an. Fünf Gesuchsteller sind aus anderen Schweizer Gemeinden zugewandert. Alle sechzehn andern kehren dem grünen Habeck-Baerbock-Paradies den Rücken.

*

Jetzt soll Wolodymyr Selenskyi auch noch im Schweizer Parlament seine grosse Medien-Show erhalten. Rot-Grün äussert Begeisterung. Wohl darauf spekulierend, dass Selenskyi-Anhimmeln Medienbeachtung finden werde. So verdrängt Mediengeilheit von Parlamentariern die solide Gesetzgebungsarbeit.

us

fast platzend vor Stolz, an solcher Komplottbildung auf oberster Etage beteiligt zu sein – wenn auch, muss man objektiverweise hinzufügen, bloss vom Katzentisch aus. Aber eifrig billigt sie dem dort Abgekarteten der Öffentlichkeit gegenüber völkerrechtliche Bedeutung zu.

*

Kürzlich – in zweifellos höchst brisantem und wichtigem Zusammenhang – konnte ein auf den ersten Blick höchst erstaunliches Ergebnis solch eines heimlichen Komplotts – hinter verschlossener Türe zustande gekommen – bewundert werden.

Da fiel doch vor jetzt über einem Jahr die Erdgasleitung Nordstream – für die Energieversorgung Westeuropas von zentraler Bedeutung – einem Sprengstoff-Anschlag zum Opfer. Der Sabotageakt trifft insbesondere Westeuropa hart. Erstaunlicherweise haben die Mainstream-Medien der westlichen Welt zunächst – wenn überhaupt – höchstens ein paar oberflächliche Buchstaben zu diesem einschneidenden Ereignis veröffentlicht. Die Täterschaft gilt als unbekannt. Spontan wurde der Sabotageakt zunächst pauschal Russland angelastet. Dass Russland, wenn es die Gaslieferung nach Westeuropa unterbinden wollte – eigentlich lediglich den Hahn dort hätte zudrehen müssen, wo diese Leitung russischen Boden verlässt, dass es, wenn es Westeuropa nicht mehr beliefern wollte, keineswegs auf ein kostspieliges, gefährliches Attentat in ihm eher feindlichen Gebiet angewiesen wäre: Dieser Tatbestand wurde achselzuckend hingenommen. Und augenblicklich kehrte man zur Tagesaktualität zurück.

Doch unversehens präsentierte ein renommierter amerikanischer Enthüllungsjournalist mit erstaunlich detaillierter Darstellung eine ganz andere Version: Der Anschlag sei von den USA, unterstützt von Norwegen inszeniert worden. Washington dementierte sofort – hütete sich aber, den Enthüller persönlich anzugreifen. Wohl wissend, dass dieser schon Einiges offenzulegen vermochte, was das Pentagon unbedingt geheimzuhalten versucht hatte – und dass sich die vom Amerikaner verbreiteten Darstellungen, obwohl von der Regierung vehement abgestritten, schliesslich immer als tatsächengerecht entpuppt hatten. Bekannt ist ja auch, dass US-Präsident Joe Biden an einer gemeinsam mit Olaf Scholz veranstalteten Medienkonferenz anfangs Februar 2022 ausgesagt hat, die Gasversorgung von Russland nach Westeuropa via Nordstream würde, falls Russland die Ukraine angreife, nicht mehr stattfinden. Die USA – beantwortete er auf dieser Pressekonferenz die Nachfrage eines Journalisten – verfügten über die Mittel, diese Androhung auch Tatsache werden zu lassen.

Die USA warfen darauf Russland einen Köder zu: Ein ukrainisches Geheimkommando habe den Anschlag auf Nordstream verübt. Der Köder – Russland könnte

ihn zum Anlass nehmen, Lawinen von Verwünschungen und Anschuldigungen über der Ukraine auszusütten – zog freilich gar nicht: Nicht nur Kiew bestritt jede Täterschaft energisch. Selbst Moskau schloss ukrainische Täterschaft bezüglich des Anschlags auf Nordstream kategorisch aus.

*

Russland gelangte darauf an den Uno-Sicherheitsrat: Eine unabhängige Untersuchung, von der Uno in Auftrag gegeben, solle die Wahrheit zum Anschlag auf Nordstream offenlegen.

Dürfte man nicht annehmen, dass, wer angeblich für den Frieden arbeitet, eigentlich interessiert sein müsste, die Wahrheit zur Urheberschaft des Anschlags auf die Gasversorgung Westeuropas zu erfahren?

Die Abstimmung über diesen russischen Antrag zeitigte indessen ein eher merkwürdiges Ergebnis: China und Brasilien unterstützten Russland. Die westlichen Vetomächte USA, Grossbritannien und Frankreich enthielten sich der Stimme. Mit Ausnahme Brasiliens lehnten indessen alle nicht ständigen Mitglieder (inklusive Schweiz) den russischen Antrag ab...

*

Nun hat uns Greenhörnern in Sachen Weltpolitik die geschwätzige Frau Baeriswyl als Eingeweihte in die

Regeln der Uno-Diplomatie ja zu verraten geruht, dass zu jeder Abstimmung im Sicherheitsrat immer ausgedehnte Vorabklärungen und Absprachen hinter verschlossener Türe stattfinden würden.

Solches geschah ganz gewiss auch zum russischen Antrag über eine Untersuchung zum Nordstream-Anschlag.

Die sich vornehm in die Stimmenthaltung zurückziehenden Grossmächte wussten also haargenau, dass die Kleinen den russischen Antrag, der den Grossen unerwünscht war, sicher beerdigen würden. Und Frau Baeriswyl hat die Stimme der Schweiz dem abgekarteten Spiel untergeordnet – glaubend, solch krass neutralitätswidrige Windfahnen-Politik uns als Völkerrecht verkaufen zu können.

Mit den Mutmassungen und Anschuldigungen zum Nordstream-Anschlag geht es, seit die Wahrheitsfindung von höchster Uno-Stelle unterbunden wurde, munter weiter. Neuerdings mit der Behauptung, an der Stelle, wo die Sprengung erfolgt sei, seien kurz vor Eintritt des Ereignisses russische Kriegsschiffe gesichtet worden...

us

Akzent

Wofür sich die Schweiz einsetzen müsste

Vom Wert diskreter Diplomatie



Professor Rudolf Bindschedler (1915–1991), seit 1950 der Eidgenossenschaft als Spezialist, schliesslich als Chef der Völkerrechtsdirektion wertvolle Dienste leistend, hat den Schweizer Diplomaten einen Ratschlag mit auf den Weg in ihre Karriere gegeben, der – obwohl vom offiziellen Bern längst verdrängt – gerade in Zeiten unwägbarer Entwicklungen unbedingt in Erinnerung zu rufen ist:

«Zweifellos fördert die heute üblich gewordene öffentliche Aussenpolitik kaum den Frieden, weil sie zu sehr unsachliche Faktoren ins Spiel bringt. Ähnliches gilt für die in Mode gekommenen Gipfelkonferenzen und unzählbaren Ministertreffen. Da sie unter Erfolgszwang stehen, ergeben sich aus ihnen, wenn überhaupt etwas, meistens Scheinlösungen. Dazu kommt, dass persönliche Sympathien und Antipathien die schon genügend schwierigen Probleme überlagern. Aus der Geschichte lässt sich entnehmen, wie mager oder sogar unheilvoll die Ergebnisse solcher Zusammenkünfte waren. Redeschlachten sind nicht Gespräche, gegenseitige Anklagen und Beschimpfungen nicht Verhandlungen. Die Macht des Wortes und die Masse des Papiers werden für die Realität genommen, die sie nur verschleiern. Damit wird eine Welt der Illusion geschaffen, gegenüber die sich die Wirklichkeit nur um so brutaler durchsetzt. Es wäre schon einiges

gewonnen, wenn man von diesen üblen und kontraproduktiven Gewohnheiten abkommen und zur direkten und geduldigen Diplomatie zurückkehren würde. Richtige Verhandlungen lassen sich nur im Schutze der Vertraulichkeit führen. In einer solchen Atmosphäre werden Konzessionen eher gemacht. Das gilt besonders auch für Anliegen wie den Schutz der Menschenrechte. Die Schweiz sollte es sich zur Aufgabe machen, bei jeder Gelegenheit für die Rückkehr zu sachlicheren und erfolgversprechenderen Methoden der zwischenstaatlichen Auseinandersetzungen einzutreten. Auch das wäre ein bescheidener Beitrag zum Frieden.»

Prof. Rudolf Bindschedler

«Das aktuelle Zitat»

«Die Schweizerische Offiziersgesellschaft (SOG) erwartet vom Bundesrat, dass die Armee dringend und ohne Abstriche ihre finanziellen Mittel bekommt, um ihren Verteidigungsauftrag glaubhaft erfüllen zu können. Eine Verschiebung des 1-Prozent BIP-Budgetziels von 2030 auf 2035 kostet die Armee zehn Milliarden, welche nicht mehr aufzuholen sind. Soziale und militärische Sicherheit ist die Basis für unseren Wohlstand und unsere Freiheit.»

Oberst Dominik Knill, Präsident der Schweizerischen Offiziersgesellschaft SOG, in der ASMZ vom Mai 2023

Mehr Demut

von Karl Spühler, Prof. Dr. iur., ehem. Bundesrichter und Rechtsprofessor, Winterthur-Wülflingen ZH

Der Begriff «Demut» ist vielen Menschen nicht mehr bewusst. Einst wurde er vor allem von Theologen geprägt. Dies ist aber längst überholt. Heute sprechen zurecht immer mehr Führungskräfte von Demut.



Die Erderwärmung und die damit im Zusammenhang stehenden Probleme haben zu einem gefährlichen Aktivismus geführt.

Nur der Staat könne unseren Planeten noch retten, wird uns täglich eingetrüfelt. Immer mehr will man uns weismachen, allein das menschliche Verhalten sei dafür verantwortlich, und nur der Staat könne Abhilfe

schaffen. Dieser Aktivismus ist auch in traditionell-bürgerlichen Kreisen weit verbreitet.

Klimakrise oder Klimawandel?

Dem Klimawandel und dessen Bekämpfung wird das ganze Leben untergeordnet. Der Begriff Klimakrise wird gedankenlos durch Klimawandel ersetzt. Derweil wird ausgeklammert oder bewusst verschwiegen, dass es in der Erdgeschichte schon immer längere Perioden mit hohen Temperaturen gegeben hat. Diese wechselten sich mit kälteren Zeiten ab. Es handelte sich um eine natürliche Entwicklung. Diese fand unabhängig und lange vor der industriellen Entwicklung statt, als es noch keine Autos und keine fossilen Heizstoffe gab.

Damit will ich nicht etwa leugnen, dass Kohlendioxid, Methan und Lachgas die Atmosphäre beeinflussen. Allerdings sind Treibhausgase auch ein wichtiger Faktor für das Leben auf der Erde. Sie garantieren eine gewisse Temperatur. Steigt die Konzentration der Gase, erhöht sich die Temperatur auf der Erde. Dies gilt es zu bekämpfen, und dazu ist der Mensch gefragt. Jede und jeder kann und muss hier seinen Beitrag leisten. Jedoch nicht mit grassierendem Aktivismus,

Churz & Bündig

Ringiers «Blick» arbeitet an der Erfindung neuer Realität: Würde der Einwanderungsdruck auf die Schweiz abnehmen, würde sich die Personalnot im Land markant verschärfen. Als wären die, die derzeit zu Tausenden ins Land strömen, hauptsächlich an Arbeit – nicht mehr aber an Gratis-Leistungen interessiert.

*

Wie lange, oh Klima-Erwärmung, müssen wir 2023 noch auf Dich warten?

us

mit umfassenden staatlichen Verboten oder mit unverhältnismässigen Eingriffen in die Freiheit der einzelnen Person. Auch nicht mit freiheitsberaubenden Gesetzen und Verordnungen. Vielmehr ist Vernunft gefordert, und zwar dringend.

Vernunft heisst auch Demut

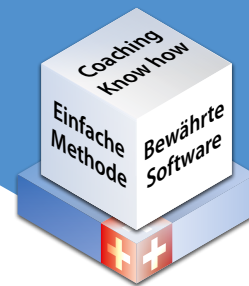
Vernunft beinhaltet aber Demut. Nicht Übermut und nicht Überschätzung der eigenen menschlichen Fähigkeiten. Sondern Ehrfurcht gegenüber der Natur. Ehrfurcht gegenüber der Umwelt. Respekt vor den äusseren Gegebenheiten.

Wenden wir diese Erkenntnisse praktisch an – mit unserem Stimmzettel! Besinnen wir uns darauf, dass weder der Mensch noch die Gesetze alles können.

Stimmen wir am 18. Juni 2023 «Nein» und nochmals «Nein» zu Gesetzesvorlagen, welche die Demut verachten, unsere Freiheit in seltener Selbstüberschätzung missachten und ins Chaos führen!

Karl Spühler

Werden Sie Unternehmer in unserem Netzwerk!



Wir suchen Persönlichkeiten, die sich eine eigene Existenz aufbauen wollen und ihre verkäuferischen und beratenden Fähigkeiten als selbständiger **Managementberater** einsetzen möchten.

Spielen Sie mit in unserer Erfolgsgeschichte! Detaillierte Informationen finden Sie unter www.fee-consult.ch.



FEE-Consult AG
Paul N. Burch
Trottenackerstrasse 4
8102 Oberengstringen
Tel. +41 44 751 80 20
info@fee-consult.ch



Zürcher Kantonsrat

Legislaturperiode 2023/2027 unter keinem guten Stern



Aus der Zürcher Politik

Hans-Peter Amrein, alt Kantonsrat, Küssnacht ZH

Der Zürcher Kantonsrat, ein Milizparlament, hat 180 Mitglieder, welche nach dem Verhältniswahlverfahren (Proporz) alle vier Jahre gewählt werden. Derzeit gehören alle Ratsmitglieder einer von acht Fraktionen an. Ein Ratsmitglied hat 11 Tage nach der Wahl die Partei gewechselt (von GLP zu FDP).



Die «alte» Geschäftsleitung des Kantonsrates verkündete zum Abschluss der Amtsperiode 2019–2023 im Kantonalen Amtsblatt vom 21. April 2023 (ohne Mitteilung an die Ratsmitglieder), die Gewährung eines Teuerungsausgleichs von 5,1% auf Pauschalen und Sitzungsgeldern. Eine Rechtsgrundlage dazu besteht, die Höhe der Anpassung entspricht

jedoch nicht der tatsächlichen Teuerung während der vergangenen Amtsperiode. Hat die Geschäftsleitung 2019–2023 nur einen schlechten Entscheid gefällt, oder wurde sie auch falsch beraten?

Weitere Faux-pas

- Gemäss Kantonsratsgesetz versammelt sich der Kantonsrat zwischen der siebten und der elften Woche nach der Wahl. Während die Wahl am 12. Februar 2023 stattfand, erfolgte die Konstituierung des neuen Rates erst am 8. Mai 2023, ergo zwölf Wochen nach der Wahl.
- Das Kantonsratsreglement schreibt vor, dass zuerst das älteste Ratsmitglied (derzeit ein Mitglied der SVP) eine Rede hält, dann das jüngste Mitglied (ein Mitglied der SP). Die Reihenfolge war umgekehrt – warum?
- Gemäss Kantonsratsreglement erfolgt im Anschluss an diese Reden die Erwahrung des Amtsergebnisses. Die Erwahrung müsste korrekterweise durch die Ratsmitglieder der auslaufenden Amtsperiode geschehen, haben doch die neuen Mitglieder ihr Gelübde noch gar nicht abgelegt (erfolgt gemäss Gesetz richtigerweise erst nach der Erwahrung des Wahlergebnisses). Dem war nicht so: Der neue Rat debattierte in einer reduzierten Debatte (d.h. nur je ein Fraktionssprecher und eine Sprecherin für die Antragsteller aus der extremen Linken, AL und Grüne, die den Ausschluss einer gewählten Parlamentarierin forderten, welche kurz nach den Wahlen ihre Parteizugehörigkeit wechselte, durften sich zu Worte melden). Und – der neue Rat stimmte über den Antrag auf Ausschluss ab, obwohl er sein

Amtsgelübde noch gar nicht abgelegt und sich nicht konstituiert hatte. Der Vorstoss auf Ausschluss scheiterte (107:52, 11 Enthaltungen).

- Für die Sitzungsplanung ist der Generalsekretär des Kantonsrates verantwortlich, welcher offensichtlich nicht in der Lage war, die 1. Sitzung der neuen Amtsperiode korrekt zu planen. Dazu ins Bild passt, dass der Schreibende, trotz offizieller Akkreditierung für die Schweizerzeit, durch besagten Ratsangestellten mit dem Hinweis, er habe keine Zutrittsberechtigung, aus dem Ratssaal gewiesen wurde. Im Zürcher Kantonsrat scheinen Journalisten erster und Journalisten zweiter Klasse akkreditiert zu sein – diejenigen, welche den Ratssaal betreten dürfen und somit auch mit Fraktionserklärungen und ad hoc erstellten Vorstössen bedient werden, und diejenigen, welche auf die Tribüne verwiesen werden und dort auch über keinen Stromanschluss verfügen.

Die neue Geschäftsleitung des Kantonsrates, unter Leitung einer SP-Parlamentarierin, ist gut beraten, sich in Zukunft korrekt zu organisieren, sonst dürften dem Rat nur schon aufgrund formeller Verwerfungen hitzige Debatten bevorstehen. Ein erstes stark umstrittenes Geschäft liegt vor: Die Geschäftsprüfungskommission des Kantonsrates (GPK) beantragt dem Rat die Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) zum Datensicherheitsvorfall in der Justiz- und in der Sicherheitsdirektion.

Hans-Peter Amrein

Hans-Peter Amrein

Hans-Peter Amrein, bis vor kurzem gefürchteter – weil auf jede Sitzung sorgfältigst vorbereiteter – Zürcher Kantonsrat, wird als im Zürcher Rathaus akkreditierter Korrespondent ab sofort regelmässig Kolumnen unter dem Titel «Amreins Stachel» für die Schweizerzeit verfassen. Dies keineswegs, weil wir Zürich als Nabel der Welt oder auch nur der Schweiz verstehen. Aber aus Zürich werden nicht selten Entwicklungen ausgelöst oder befördert, die die ganze Schweiz beeinflussen. Dazu sind als «Amreins Stachel» künftig profilierte Kommentare zu erwarten.

Ulrich Schlüer

Eine der gefährlichsten Abstimmungsvorlagen



Am 18. Juni stimmen wir über das sogenannte Klimaschutz-Gesetz ab. In Wahrheit ist es aber ein Stromfresser-Gesetz – und eine der gefährlichsten Abstimmungsvorlagen, die unser Land je gesehen hat. Die Klima-Hysteriker wollen mit dem Gesetz faktisch Benzin, Diesel, Gas und Heizöl verbieten,

um uns vor dem «Weltuntergang» zu retten. Die Realität: Die fossilen Energieträger machen sechzig Prozent unseres Energieverbrauchs aus. Der vollständige Umbau unserer Energieversorgung allein auf Strom kostet 387 Milliarden Franken. Dies hat eine ETH-Studie errechnet. Und was ändert sich am globalen Klima? Nichts, rein gar nichts. Die Schweiz ist verantwortlich für 0,1 Prozent des weltweiten CO₂-Ausstosses. Wir sollen also 387 Milliarden Franken vernichten und bekommen rein gar nichts dafür. Ein Irrsinn sondergleichen.

Mit dem Stromfresser-Gesetz wird Strom zur Mangelware. Blackouts und Strom-Rationalisierungen werden Lebensqualität, Arbeitsplätze und Wohlstand

vernichten. Pro Person und Jahr werden wir bis zu 6'600 Franken mehr für die Energie bezahlen müssen. Das können sich viele Familien nicht leisten. Und nochmals: All unser Leid wird überhaupt keine Auswirkung auf das globale Klima haben. Warum aber wollen manche Politiker trotzdem so dringend dieses Stromfresser-Gesetz?

Es geht den Linken und Grünen nur ums Geld. Öko-Beratungsfirmen und andere Profiteure reiben sich gierig die Hände über die Hunderte Milliarden Franken, welche die «Energiewende» verteilen lässt. Bezahlen soll alles der einfache Bürger. Es ist eine Umverteilung vom werktätigen Mittelstand zur links-akademischen Elite. Wer noch unsicher in seinem Abstimmungsverhalten ist, soll nach Deutschland schauen. Auch dort ist die «Energiewende» brutal gescheitert. Bis 2025 wird der links-grüne Irrsinn bereits 500 Milliarden Euro vernichtet haben. Wir Schweizer sind gut beraten, nicht die gleichen Fehler zu machen. Deshalb am 18. Juni NEIN zum Stromfresser-Gesetz!

Samuel Balsiger

Samuel Balsiger ist Gemeinderat und Fraktionspräsident in der Stadt Zürich. In seiner Kolumne schreibt er über die Irrungen der linken Politik.



Weltfremdes zum Heulen. Ort der Handlung: Nidwalden, ein Gebiet der Tradition und der Bodenhaftigkeit. Seit Jahrhunderten wird der Jodel gepflegt, und die uralten Weisen und Texte werden weitergegeben. Die Texte sind geprägt durch Naturverbundenheit, Natürlichkeit und Ehrlichkeit. Die Jodlervereine tragen demnach auch typische Namen wie «Echo vom Bärgli». Nicht so einige offensichtlich frustrierte, weltfremde und geistig Abwegige, die eine Jodlervereinigung gegründet haben, die sich «Echo vom Eierstock» nennt. Kein Witz. Das ist die (von den «Singenden») selbstgewählte Bezeichnung für den «1. Feministischen Jodlerclub» der Schweiz. Präsiert wird das Klima-Aktivisten-Chörli von Helena Kaiser, einer grasgrünen Landrätin, die jeden vorbeifahrenden Töff als den wahrhaftigen Teufel (männlich) betrachtet, der direkt aufs Stanserhorn donnert.

Die seit Jahrhunderten verwendeten Texte wurden durch die Weltbeglückter umgeschrieben und verhunzt. Die «singenden Weiber» haben das Gefühl, die «männlichen Texte» müssten «Tschender-konform» sein. Selbstverständlich gehört die Endlos-Berieselung von Julia Stirnimann (Regionaljournal SRF) dazu.

Tis Hagmann

Neben den gigantischen Windkrafträdern braucht es Starkstromleitungen. Diese würden im Land der Schweizerberge von Tal zu Tal wie Wäscheleinen hängen. Schreib bitte NEIN.



Vinzenz Mario Bieri
Rentner HTL (GR)



Energie-Sicherheit zerstören?

Stromfresser-Gesetz
NEIN
Bundesgesetz KIG

Ein konsequenter Entscheid



Eines muss man der Staatssekretärin Livia Leu Agosti, seit 2020 zuständig für die sogenannten Sondierungsgespräche für weitere Verhandlungen mit Brüssel, lassen: Sie handelt konsequent. Offensichtlich hat die seinerzeit als «Löwin für Brüssel» bezeichnete Diplomatin eingesehen, dass sie mit den unklaren bundesrätlichen Zielsetzungen für die weitere Zusammenarbeit Schweiz-EU nicht vorankommt, dass die «Eckpunkte», die sie dem Bundesrat unter Zeitdruck bis Ende Juni vorlegen soll, nicht realistisch sind – und dass Brüssel auf dem Kern des Rahmenvertrags verharret.

Es rächt sich nun, dass der damalige Bundespräsident Parmelin, als er in Brüssel den Verhandlungsabbruch über das untaugliche Rahmenabkommen verkündete, den entscheidenden Satz nicht sagen durfte, weil der Bundesrat mehrheitlich dagegen war. Der Satz hätte sinngemäss lauten müssen: «Die Schweiz ist bereit für weitere Verhandlungen. Als souveränes Land werden wir aber keine Abkommen unterzeichnen, welche uns verpflichten, EU-Recht automatisch (oder »dynamisch«) zu übernehmen und den Europäischen Gerichtshof im Streitfall als oberste Instanz anzuerkennen.»

Und es rächt sich, dass der Bundesrat keine klare Strategie für die Verhandlungen mit der EU hat, insbesondere in den Bereichen Personenfreizügigkeit, Grenzkontrolle, Unionsbürgerrichtlinie. Denn eine Strategie ist laut Brockhaus «ein genauer Plan zur Erreichung eines Ziels – unter Berücksichtigung der Faktoren, die der Zielerreichung entgegenwirken können».

Nina Fehr Düsel, Küssnacht ZH



Das Büro Ha deckt auf!



AHV-Renten. Bekanntlich hat das Parlament den Teuerungsausgleich für AHV-Renten abgelehnt. Darüber kann man in der Bananenrepublik Korruptistan freilich diskutieren. Aber nicht über die Arroganz der Habgierigen in Bern, welche sich die die Parlamentarier-Diäten um satte 3,2 Prozent erhöhen. Für die Rentner waren die Dimensionen klar: Ganze fünf oder sieben Franken mehr pro Monat. Anders auf der Seite der Parlaments-«Rotsocken» und «Grün-Labilen», oft ohne Ausbildung, Arbeitsleistung und Erfahrung: Sie polieren sich die Bezüge um 4'500 Franken pro Jahr auf. Das gibt frischen Wind für die Herbstwahlen!

Tis Hagmann

ZUR BONI-UNKULTUR

Mein Vater, der Mittelschullehrer war, erhielt nie zusätzliche Boni, selbst wenn er Schulkolonien organisierte, was immer eine besondere Leistung und Verantwortung bedeutete. Was er in seiner Laufbahn als Belohnung bekam, war lediglich einmal ein doppelt Monatslohn nach dem 25- und 30-jährigen Berufs-Jubiläum – aber sicher keine alljährlichen Millionen-Boni!

KONSULTATIVE MITSPRACHE?!

Bei den Einladungen zu den Aktionärsversammlungen von UBS und (noch) CS wird immer so «unschuldig» suggeriert, Aktionäre könnten «mitbestimmen» und konsultativ abstimmen. Nur: Konsultative Abstimmungen sind rechtlich nicht bindend und somit eine reine Farce. Der sogenannte Vergütungsausschuss, welcher aus Teilen der Konzernleitung und des Verwaltungsrates besteht, hat seine eigenen fixen und variablen Vergütungen längst festgelegt. So wird man als Klein-Aktionär vom Bankmanagement, welches selbst nur einen kleinen Teil Aktien als Boni erhält, über den Tisch gezogen. Würden nur die Stimmen der Kleinaktionäre, beispielsweise bis 100'000.– Franken, separat über Wahlen und Ver-

gütungen entscheiden, sähe die Ausgangslage wohl völlig anders und differenzierter aus. Vergessen wir nicht: Für Klein-Aktionäre, welche um ein Vielfaches auf Erträge angewiesen sind, ist es besonders stossend, wenn Verwaltungsräte und Konzernleitung, nebst ihren ohnehin schon sehr hohen Fixlöhnen, sich selbst noch variable Zusatzgagen zuschanzen!

Als Aktionär habe ich keine Möglichkeit, mich juristisch und rechtlich gegen den Aktien-Zerfall zu wehren, welcher klar die Folge des Missmanagements ist.

Die Spiesse zwischen (Klein)-Aktionären und Bankmanagement, welches sich für seine zu Unrecht bezogenen Boni «rechtlich» wehrt, sind noch immer ungleich. Das muss sich unbedingt ändern!

Banken-CEO mit Höchstsalären und Boni zu ködern, ist ein grober Fehler. Das hat die Vergangenheit mehr als eindrücklich bewiesen!

Marcus Stoercklé jun., Basel, Politikbeobachter
mbstoerckle@vtxmail.ch



Vielfältige SCHWEIZERZEIT- Leserschaft



hf. Die 36-jährige Kommunikationsfachfrau mit eigener Firma versucht stets, mit Energie und Tatendrang in den Tag zu steigen. Mit etwas Sport und einem Hörbuch zu einem aktuellen Thema bringt sie Körper und Geist auf «Betriebstemperatur». Dann plant sie den genauen Tagesablauf, um ihre vielfältigen Aufgaben unter einen Hut zu bringen. Das scheint der Geschäftsinhaberin, Gemeinderätin, Kantonsrätin und Gewerbevereinspräsidentin, die auch genügend Zeit für ihren Partner und die Familie haben will, recht gut zu gelingen.

Anita Borer (politik@anitaborer.ch)



1986 in Küsnacht geboren, zog sie mit sechs Jahren mit ihren Eltern und ihren zwei Geschwistern Patrick und Regula nach Uster. Seither ist Anita Borer der drittgrössten Stadt des Kantons Zürich, die heute rund 36'000 Einwohner zählt, treu geblieben. Sie fühlt sich hier wohl und ist bestens verankert.

Nach der Kantonsschule will sie so schnell als möglich arbeiten. So absolviert sie bei der Zürcher Kantonalbank eine Kurzausbildung als Kundenberaterin am Telefon. Während zehn Jahren ist sie dort als Kundenbetreuerin und Supervisorin in verschiedenen Abteilungen tätig. Sie bildet sich berufs begleitend weiter in Unternehmenskommunikation und schliesst an der Fachhochschule HWZ mit dem Bachelor ab. 2015 wechselt Sie in ein Medienunternehmen, wo sie den Geschäftsbereich «Kommunikation» aufbaut und dort als Geschäftsleiterin fungiert. 2020 wagt sie den Schritt in die Selbständigkeit. Seither ist sie Inhaberin und Geschäftsleiterin der Kommunikationsfirma «fürschi GmbH» in Uster.

Auch politisch hat es Anita Borer schon in jungen Jahren «gepackt». Sie wird Mitglied der Jungen SVP Kanton Zürich, danach deren Präsidentin, dann wird sie Gemeinderätin (Legislative) sowie Präsidentin der SVP Uster. Heute ist sie nach wie vor im Gemeinderat Uster, als Kantonsrätin und in der Parteileitung der SVP Kanton Zürich aktiv und seit kurzem auch als Präsidentin des Gewerbevereins Uster.

Weil ihr leistungsfähige Gewerbebetriebe, KMU und Vereine («Sie sind das Rückgrat unserer Gesellschaft») äusserst wichtig sind, will sie Anita Borer von bürokratischen Vorschriften und Abgaben entlasten.

«Ich bewundere die Gewerbetreibenden, Unternehmerinnen und Unternehmer in Uster und anderswo. Sie schaffen Arbeitsplätze, bilden Lernende aus und leisten mit ihrer Arbeit tagtäglich einen wichtigen Beitrag zur Wertschöpfung und damit zu unserem Wohlstand.»

Ebenso fordert Anita Borer eine effektive Steuerung der Zuwanderung: «Die aktuelle Massenzuwanderung führt zur Verknappung der Ressourcen (Energie, Wohnungen), zu steigenden Preisen, überstrapazierten Infrastrukturen und Sozialwerken und zu mehr Kriminalität.» Zudem brauche es wieder mehr Eigenverantwortung und weniger Bevormundung: Der Staat solle möglichst wenig in das Leben der Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen eingreifen und haushälterisch mit den Steuergeldern umgehen, meint sie mit Nachdruck.

Neben ihren vielen Tätigkeiten liebt Anita Borer auch die Geselligkeit und ebenso Velofahren, Laufen, Musik hören, Klavierspielen sowie Ausflüge in verschiedene Städte und Regionen. Als spezieller «Ausflug» in Erinnerung geblieben ist ihr u.a. eine kleine «Schuhgeschichte»: «Als die Schweizerzeit vor einigen Jahren im Winter wieder eines ihrer Jugendseminare im Haus der Freiheit bei Toni Brunner durchführte, schneite es derart stark, dass wir mit dem Auto nicht den Berg hinaufkamen und das letzte Stück zu Fuss gehen mussten. Wie man mich kennt, trug ich wie üblich Schuhe mit hohen Absätzen, weil ich ja nicht mit einem steilen Aufstieg rechnen musste. Und siehe da: Mit meinen

Absätzen konnte ich mich im Schnee bestens stabilisieren, und ich war die einzige unserer Gruppe, die nicht auf den Knien im Schnee gelandet ist.»

Nach ihren besonderen Talenten, Erfolgen und Misserfolgen befragt, meint Anita Borer bescheiden: «Ich denke, dass ich mit verschiedenen Menschen umgehen kann und eine gute Menschenkenntnis besitze. Herausfordernde Situationen zu meistern macht mir Spass – natürlich vor allem dann, wenn es mir gelingt», meint sie lachend. «Aber Misserfolge gehören im Leben wohl einfach dazu. Sie machen einen stärker, wenn man sie überwindet. In diesem Sinn gestärkt hat mich sicher die verfehlte Nationalratswahl 2011.»

Die Kantonalpartei setzt sie damals – um eine junge, tüchtige Frau gezielt zu fördern und vielleicht auch als «Experiment» – ganz vorne, hinter Christoph Blocher, auf den zweiten Platz. Sie selbst hat Bedenken, aber ihr Umfeld meint, dass sie eine echte Chance habe. «Ich habe dann am eigenen Leib erlebt, dass es gefährlich ist, wenn einen alle rundherum als ‚gesetzt‘ betrachten. Als grosse Belastung habe ich vor allem den enormen Mediendruck erlebt. Plötzlich wurde in meinem privaten Umfeld herumgestöbert. Gewisse Pressekommentare gingen unter die Gürtellinie, und ich wurde auch persönlich bedroht.»



Begehrte 1. August-Rednerin

Anita Borer ist nun froh, dass sie in der Zwischenzeit ihre eigene Unternehmung gründen konnte – und dass sie nun, mit einem viel grösseren Rucksack, nach zwölf Jahren im Herbst wieder für die Nationalratswahlen antreten kann. Sie macht dies mit grossem Einsatz und mit innerem Feuer für unser Land. Denn sie ist bei all ihren Tätigkeiten überzeugt, dass das Motto von Augustinus (354 – 430 n.Chr.) zutrifft: «Nur wer selbst brennt, kann Feuer in anderen entfachen.»

Hans Fehr

«Der Fuchs am Krötenteich»
Freitag, 16. Juni 2023; 20.15 Uhr

KABARETT

**von und mit
Dr. Marco Caimi**

**Haus der Freiheit/
Landgasthof Sonne**
«Kabarett & Dinner»
Wintersberg
9642 Ebnat-Kappel
Tickets à 75.00 CHF (exkl. Getränke)
unter: info@maennerpraxis.ch

**Alle Spielorte, Tickets und Informationen
unter: www.megaschwiizer.ch**

Die Schweizerzeit-Agenda

Mittwoch, 24. Mai 2023, 19.30 Uhr

«Ja zur Schweiz» im Haus der Freiheit

Vortrag von Ulrich Schlüer mit anschliessender Diskussion
Landgasthof Sonne, Haus der Freiheit, Wintersberg, 9642 Ebnat-Kappel/SG

Mittwoch, 21. Juni 2023, 19.30 Uhr

«Sicherheit: Waffenlieferungen ins Ausland?»

Schweizerzeit-Frühjahrsveranstaltung 2023 mit Vortrag von
NR Mauro Tuena, Präsident Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats
Hotel Glockenhof, Sihlstrasse 31, 8001 Zürich

Freitag, 6. Oktober 2023

Tagesausflug in die Schweizergeschichte

Mülhausen – Basel – St. Jakob an der Birs – Birr AG
Führung: Jürg Stüssi-Lauterburg
Veranstalterin: Schweizerzeit, 8416 Flaach/ZH

BESTSELLER**Die Zuger Landammann-Affäre***Eine Recherche***Michèle Binswanger**

Dieses Buch hat eingeschlagen wie 2014 die darin beschriebene Affäre. Eine Art Krimi zu einer mit aller Verbissenheit geführten Polit-Auseinandersetzung. Wir empfehlen dieses Buch besonders auch deshalb, weil es von den grossen Buchhandlungen boykottiert wird – offensichtlich aus Angst vor Jolanda Spiess-Hegglin.

Eigenverlag, 2023, 219 S., brosch., (Richtpreis Fr. 35.–)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 31.50

**Verheimlicht – vertuscht – vergessen***Was 2022 nicht in der Zeitung stand***Gerhard Wisniewski**

Auch für 2023 liegt «das andere Jahrbuch» vor – über Fakten und Tatsachen, die in den Mainstream-Medien unerwähnt blieben. Obwohl auf der Bestseller-Liste des «Spiegel» – vom Buchhandel wird dieses Buch totgeschwiegen. Sein Inhalt ist Vielen allzu brisant.

Kopp, Rottenburg 2023, 278 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 23.90)
Ihr Schweizerzeit-Preis Fr. 21.50

GESCHICHTE**Die grössten Schlachten der Geschichte***Entscheidungen in Europa von Salamis bis zu den Ardennen***Klaus-Jürgen Bremm**

Schlachten haben nun einmal den Gang der Weltgeschichte wesentlich beeinflusst: Salamis, Alesia, Mantzikert, Trafalgar, Waterloo, Königgrätz, Ardennen und andere: Stätten, wo die Weltgeschichte in neue Richtung gewiesen wird. In einem neuen Buch in ihrem Zusammenhang dargestellt.

Wissenschaftliche Buchgesellschaft/Theiss, 304 S., Großformat, reich ill. (Richtpreis Fr. 52.50) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 47.25

AKTUELL**Das Titanic-Attentat***Die wahren Hintergründe der Schiffskatastrophe***Gerhard Wisniewski**

Aufgrund sorgfältiger Recherchen des Autors und vom Autor konsultierter Persönlichkeiten wird dargestellt, dass der Untergang der Titanic vor hunderten Jahren nicht einfach ein Schiffsunglück war, dass ihm vielmehr ein Anschlag vorausging. Das Buch erschien erstmals vor elf Jahren, erregte Aufsehen und wird jetzt neu wieder vorgelegt. Es verspricht spannende Lektüre.

Kopp, Rottenburg 2023 (2012), 430 S., brosch., (Richtpreis Fr. 20.90)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 18.80

**Das Wachstum der Grenzen***Über die unerschöpfliche Erfindungskraft der Menschen***Simon Aegerter**

Die Antwort an jene, die uns unheilswanger ständig mit drohendem Weltuntergang bedrängen. Der Autor, Physiker und Unternehmer, wurde als Direktor der Technoramas in Winterthur weitherum bekannt. Er setzt nicht auf Weltuntergang, er ist überzeugt von der Erfindungskraft des Menschen, der Probleme anpackt, Lösungen sucht und Lösungen findet. Optimismus ist seine Lebenshaltung nicht Angstmacherei.

NZZ Libro, Basel 2020, 251 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 34.–)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 30.60

**Der Bundesrat***Die Schweizer Regierung***Adrian Vatter**

Auf Ende Jahr findet auch die Gesamterneuerung des Bundesrats, unserer Landesregierung statt. Anlass, die systematische Untersuchung eines Politologen zur Kenntnis zu nehmen, der herausgearbeitet hat, welche Voraussetzungen politisch zu bestehen sind, bis man in der Schweiz Bundesrat werden kann.

NZZ Libro, Basel 2020, 400 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 34.–)
Ihr Schweizerzeit-Preis Fr. 30.60

Die Schweizerzeit liefert Ihnen sämtliche Bücher deutlich günstiger als zu den vorgegebenen Richtpreisen. Erfüllen Sie sich doch all Ihre Bücherwünsche via Schweizerzeit-Bücherdienst.



Krisenwirtschaft

Schlüssel zur Hilfe und Selbsthilfe

Kurt Bühlmann

Der Autor vermittelt eine präzise Beschreibung der Tatsachen und ihrer Hintergründe zu all den Krisen, welche die Welt und auch die Schweiz gegenwärtig erschüttern.

So präzise die Analyse vorgenommen und formuliert wird, so unverbrüchlich gibt der Autor zu erkennen, wo seine persönliche Existenz wurzelt, auf dass er selbst sich von all den Krisen nicht fortreissen lasse. Das christliche Fundament für sein Leben vermittelt ihm den Halt, Krisen nicht nur zu durchschauen, vielmehr auch zu überleben.

Alliance, 2022, 240 S., geb., (Richtpreis Fr. 28.–)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 25.20

BUCHZEICHEN



Rückkehr nach Beuteland

Deutschland und das Spiel um Macht, Geld und Schuld

Bruno Bandulet

Der Autor, den Schweizerzeit-Lesern wohlbekannt, publiziert in Medien, die sich nicht einem Mainstream unterziehen, der wichtigste Probleme zur Gegenwart ausklammert:

Die Masseneinwanderung, die Klimahysterie, die Machtfrage in den Auseinandersetzungen um Krieg und Frieden, die diktatorische Allüren beschönigende Europa-Politik, die Ursachen der Inflation auf dem Fundament unermesslicher Ausgabensucht und Verschuldung usw. Ein höchst bemerkenswertes Buch.

Kopp, Rottenburg 2023, 301 S., geb., (Richtpreis Fr. 31.50)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 28.35

Bestellschein

Schweizerzeit

Bestseller

- Michèle Binswanger – Die Zuger Landammann-Affäre **à Fr. 31.50**
- Gerhard Wisnewski – Verheimlicht ... **à Fr. 21.50**

Geschichte

- Klaus Jürgen Bremm – Die grössten ... **à Fr. 47.25**

Aktuell

- Gerhard Wisnewski – Das Titanic-Attentat **à Fr. 18.80**
- Simon Aegerter – Das Wachstum der Grenzen **à Fr. 30.60**
- Adrian Vatter – Der Bundesrat **à Fr. 30.60**

- Kurt Bühlmann – Krisenwirtschaft **à Fr. 25.20**

Buchzeichen

- Bruno Bandulet – Rückkehr nach Beuteland **à Fr. 28.35**

Bestellung an:

Schweizerzeit-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach
Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der Schweizerzeit-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 9.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(10/19.05.2023)

Name/Vorname _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Tel-Nr. _____

Datum _____

Unterschrift _____



SCHWEIZERZEIT am Radio

Das einzige unabhängige
liberal-konservative Radio für den
deutschsprachigen Raum

Auch die Schweizerzeit ist dabei!

Jeden Montag, 10 bis 11Uhr

Schweizerzeit-Sendungen präsentieren Ihnen
Corinna Zigerli, Stefan Millius und Ulrich Schlüer

www.kontrafunk.radio

oder in der App

KONTRA FUNK



.radio
Die Stimme der Vernunft

Die nächste Schweizerzeit
erscheint am

9. Juni 2023

Schweizerzeit

Impressum

Herausgeberin: «Schweizerzeit» Verlags AG,
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9
BIC: POFICHBEXXX

Verlagsleitung: Ulrich Schlüer

Veranstaltungen: Elisabeth Liebi

Redaktion: Postfach 54, 8416 Flaach

Telefon: 052 301 31 00

Telefax: 052 301 31 03

redaktion@schweizerzeit.ch

www.schweizerzeit.ch

Leitung: Ulrich Schlüer, Hans Fehr

Mitarbeiter: Samuel Balsiger, Karl Eckstein,
Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Alex Grendelmeier,
Tis Hagmann, Hermann Lei, Anian Liebrand,
Markus Melzl, Charly Pichler, Thorsten Polleit,
Isabel Villalon

Inserate: Markus Rezzonico, 079 332 61 61

Layout, Druck: Dietschi Print&Design AG,
Zieggelfeldstrasse 60, 4601 Olten,
T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

Finanzen, Organisation: Cornelia Rick

Einzelpreis: CHF 4.–, erscheint 14-täglich

Jahresabonnement: mind. CHF/EUR 80.–

Freipass für Gender-Ideologen

Am Montag, 15. Mai 2023, hätte an der Sekundarschule Stäfa ZH ein «Gender-Tag» stattfinden sollen. Die Schule sprach die «Schüler*innen der Klasse 21Ac» im Einladungs-Schreiben mit «liebes Mädchen*, lieber Junge*» an – ganz im Sinne der Gender-Ideologie, wonach die menschlichen Geschlechter primär ein «soziales Konstrukt» seien.

Zum Leidwesen der Schul-Verantwortlichen landete die Einladung in den sozialen Medien, wo sich umgehend Empörung darüber breit machte, dass auf der Volksschul-Oberstufe einer Zürcher Landgemeinde junge Menschen mit der Gender-Ideologie indoktriniert werden sollten. Nationalrat Andreas Glarner kritisierte das übergriffige Ansinnen, Roger Köppel ebenso. Die Medien begannen zu berichten, die Kritik wurde immer lauter. Kurze Zeit später verkündete die Schule, der diesjährige «Gender-Tag» werde abgesagt. Man sei angeblich bedroht worden – in Tat und Wahrheit ist wohl einfach die Kritik viel zu stark geworden.

Wenngleich man diese Absage als Etappensieg anschauen mag, ist das Thema alles andere als «gegessen». Unter dem Radar der öffentlichen Wahrnehmung dürften solche «Gender-Tage» und Fragmente der dahintersteckenden Ideologie bereits in hunderten Schweizer

Volksschulen Realität sein. So verwiesen auch die Schulvertreter aus Stäfa darauf, dass der «Gender-Tag» schon seit zehn Jahren durchgeführt werde.

Die Wurzeln liegen jedoch viel tiefer. Die Protagonisten der Gender-Indoktrinierung an Schulen beziehen sich nämlich auf den Lehrplan 21, der dazu verpflichtet, «mit Schülern über verschiedene Geschlechterrollen und Lebensentwürfe zu sprechen». In der Tat: Der Lehrplan 21 – von uns in weiser Voraussicht schon vor Jahren vergeblich bekämpft – schreibt «Geschlechter und Gleichstellung» als fächerübergreifendes Thema und überfachliche Kompetenz vor. Dort heisst es dann in typischem Verwaltungs-Deutsch: Das Thema befasse sich «mit Wahrnehmung und Umgang mit Geschlecht und Rollen in der Gesellschaft und thematisiert die Auseinandersetzung mit Gestaltungsmöglichkeiten und Lebenschancen aufgrund des Geschlechts».

Der Lehrplan21 gibt allen Handlungern der Gender-Ideologie einen Freipass, unsere Schülerinnen und Schüler zu manipulieren und zu beeinflussen. Um diesen Wahnsinn zu stoppen, müssen wir eine wirksame Gegen-Strategie entwickeln.

Anian Liebrand

Schluss
Punkt